



öffentlich

Betreff:
Finanzausgleichsgesetz

Erstellungsdatum 09.02.2004

Eingang 902:

Einreicher: PDS-Fraktion

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
03.03.2004	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam fordert die Landesregierung und den Landtag auf, das seit langem in Aussicht gestellte Kommunale Finanzausgleichsgesetz noch in dieser Legislaturperiode des Landtages zu erarbeiten und zu beschließen. Anliegen muss es dabei sein, die über dieses Gesetz zur Verfügung zu stellende Finanzmasse im Vergleich zum laufenden Gemeindefinanzierungsgesetz deutlich zu erhöhen, indem z. B. der Anteil der Kommunen an der Sonderbedarfs-Bundesergänzungszuweisung (SOBEZ) wie in den anderen neuen Ländern auf 40 % erhöht wird.

Der Oberbürgermeister wird gebeten, diese Erklärung an die Landesregierung und an die Fraktionen der SPD, CDU und der PDS im Landtag zu übermitteln.

Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:
Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung: